

Vortrag Keplersalon 17.10.2011

Wie viel Wirtschaft verträgt Kultur? Kunst und Kultur zwischen Demokratisierung und Ökonomisierung

Ausgangspunkt:

Mein Vortrag ist der Startschuss für eine Vortragsreihe im Keplersalon, die begleitend zum Kulturentwicklungsplan-Prozess in Kooperation mit der Linz Kultur veranstaltet wird. Die Zielsetzung war, ein übergeordnetes Thema zu finden, das für den „Kulturentwicklungsplan neu“ von allgemeiner Relevanz ist. Nach einigem Überlegen bin ich auf eine Fragestellung verfallen, die mich schon länger beschäftigt, der ich aber noch nie so richtig auf den Grund gegangen bin. Nämlich der zunehmenden Ökonomisierung des kulturellen Feldes. Die Ökonomisierungstendenz ist natürlich ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das bereits seit gut zwei Jahrzehnten in Politik, Bildung, Gesundheitswesen etc. zu beobachten ist, wobei in unserem Kontext – je nach Standpunkt und Betrachtungsweise – statt Ökonomisierung auch die Begriffe Kapitalisierung oder Neoliberalisierung als Begriffe nahezu synonym gebraucht werden könnten.

Im Zentrum meiner Überlegungen und Beobachtungen steht dabei die schleichende Änderung des kulturpolitischen Diskurses – und auf diesen werde ich mich im Folgenden auch konzentrieren –, bei der das Ökonomische langsam die Oberhand gewonnen hat. Man könnte auch von einer Hegemonie des Ökonomischen im kulturpolitischen Diskurs sprechen, von einer Themen- und Meinungsführerschaft, wobei festzuhalten ist, dass zwischen einem innerkulturellen und einem kulturpolitischen Diskurs zu unterscheiden ist und sich die Dominanz des Ökonomischen in unterschiedlicher Weise und unterschiedlichen Graden manifestiert.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Ich bin kein Ökonomie-Abstinenzler. Selbstverständlich will ich nicht hinter die Marketingerrungenschaft und Professionalisierungen im Bereich Betriebsführung etc. der vergangenen Jahre zurückfallen. Ganz im Gegenteil: Ich begrüße diese Entwicklungen, die ganz wesentlich zur Akzeptanz der Kultur in Öffentlichkeit und Politik beigetragen haben, ich begrüße auch die zunehmende Kooperationsbereitschaft zwischen Kultur und Tourismus sowie Kultur und Wirtschaft, die gerade seit Linz09 in Linz für einen echten Entwicklungsschub gesorgt haben.

Und dennoch bin ich von Zweifel befallen, ob sich nicht doch Einiges für die Kultur in eine falsche Richtung entwickelt hat, ob nicht kulturpolitische Gemeinplätze, die noch vor 10 Jahren selbstverständlich gewesen sind, z.B. die Autonomie der Kunst oder der Mut zum Experiment, mittlerweile Randpositionen sind, weil sich die Kultur die Vormachtstellung im öffentlichen, kulturpolitischen Diskurs von der Ökonomie entreißen hat lassen bzw. sich freiwillig unter das Joch des Ökonomischen begeben hat.

Was meine ich damit? Um es auf den Punkt zu bringen. Als langjähriger und sehr naher Beobachter der Kulturpolitik ist mir in den letzten Jahren aufgefallen, dass im medialen und politischen Diskurs, der öffentliche Rede sozusagen, zunehmend, wenn es um die Rechtfertigung von Kultur, insbesondere von Ausgaben für die Kultur gegangen ist, das ökonomische Kriterium die Oberhand gewonnen hat. Sind vor 15 Jahren noch, als ich in das Kulturgeschäft eingestiegen bin, in den öffentlichen Reden der PolitikerInnen vornehmlich die Freiheit der Kunst, die Förderung des Experiments und der Nische, die breite Kulturförderung, die Vielfalt der Kultur sowie der Kulturvermittlung im Mittelpunkt gestanden, so fällt auf, dass mittlerweile ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, der eindeutig kunst- und kulturferne Kriterien als Rechtfertigung für Kulturausgaben heranzieht. Kulturausgaben, die sich – das sei nicht verschwiegen – gerade in Oberösterreich und Linz durch Ausgaben für Kulturbauten und die Kulturhauptstadt natürlich vervielfacht haben und gerechtfertigt werden müssen.

Der Primat des Ökonomischen

Lassen Sie mich zwei sehr aktuelle Beispiele anführen: Zu beobachten ist, dass in den PolitikerInnenstatements der vergangenen Jahre, so z.B. auch bei der heurigen Brucknerfesteröffnung, auffällig oft Kultur vor allem als wichtiger Image- Standortfaktor für eine Stadt und eine Region genannt wird, der auch für die Wirtschaft etwas bringt, dass Kultur über die so genannte Umwegrentabilität zur Wohlstandsmehrung beitragen würde, dass Kultur zur Markenbildung einer Stadt Wesentliches leiste und Kreativität ganz allgemein ein Rohstoff, oder weniger hart formuliert, eine Ressource der Zukunft sei und Ähnliches mehr. Die geistige Wertschöpfung (scheußliches Wort, aber so weit sind wir nun mal), die Freiheit der Kunst, die gesellschaftsverändernde Kraft der Kultur, das Visionäre und die Notwendigkeit, im kulturellen Feld neue ästhetische Formen und Inhalte zu fördern, kommen entweder gar nicht mehr vor oder nur als Appendix, quasi als nachgeschobene,

idealistische Grundierung für den Primat des Ökonomischen. Der Begriff Experiment wurde also wirtschaftstauglich zu Innovation transformiert, das Visionäre zu Kreativität.

Vor 10 Jahren noch wäre so auf der politischen Bühne ganz sicher nicht argumentiert worden. Ganz im Gegenteil: Damals waren die Prämissen noch umgekehrt. Zuerst kam die Kultur, dann die Ökonomie.

Noch ein Beispiel, diesmal aus einem Boulevardmedium, das ungeschönt den allgemeinen Trend auf den Punkt bringt. Ich zitiere einen Kommentar vom 18. September im Gratisblatt „Österreich“, wo bzgl. der viel diskutierten Linz09-Nachhaltigkeit Jessica Hirthe zu folgendem Schluss kommt. Unter dem Titel „Der Weg ist der richtige“ heißt es da: *„Der Tourismus in Linz startet durch: Im Jänner, Februar, März und August haben Nächtigungszahlen sogar die Kulturhauptstadtjahr-Bilanz getoppt. Ein Jahr nach Linz09 brauchen die Zahlen in den Sommermonaten katastrophal ein – wie man jetzt sieht, war jedoch die Wirtschaftskrise keine billige Ausrede, sondern daran zumindest mit Schuld. Hält der Trend an und setzt sich auch in den nächsten Jahren fort, ist die viel geforderte Nachhaltigkeit eingetreten und der wahre Erfolg von Linz09 erkennbar. Imagekampagnen brauchen eben ihre Zeit, bis sie greifen. Jetzt bloß nicht nachlassen, sondern dran bleiben! Der Weg ist der richtige.“*

Das lass ich jetzt mal unkommentiert stehen. Oder besser, ich lasse einen anderen für mich sprechen, nämlich Hirthes Journalistenkollegen Gerfried Sperl, der in einem Kommentar im „Standard“ vom 10. Oktober bzgl. der allgemeinen Politikverdrossenheit anmerkt: *„Die zentrale Ursache für diesen vielfältigen Vertrauens- und Werteverlust ist etwas anderes: der Versuch, das ökonomische Denken in die Mitte des Lebens zu rücken. Was sich nicht rechnet, ist nichts wert, wurde zur allgemeinen Devise erklärt. Bis in die Bildung und in die Lebensführung hinein. Aber Glück, Lebenssinn, Nächstenliebe, Gefühl für Gerechtigkeit lassen sich nicht rechnen.“*

Betroffen ist also nicht nur die Kultur allein, sondern unser gesamter Lebenszusammenhang. Bezeichnenderweise wird ja das aktuelle Bildungsvolksbegehren auch nicht von PädagogInnen oder aktiven PolitikerInnen promotet, sondern von einem ehemaligen Finanzminister und erfolgreichen Unternehmer. Man kann geradezu von einer Zurichtung des Menschen hin auf das ökonomische Prinzip sprechen. Friedrich Hölderlin, um so weit zurückzugreifen, hätte untergegenwärtigen Auspizien wohl kaum eine Chance, sich Gehör zu verschaffen. Einer der ganz Großen der kanonisierten Literatur wäre heute wohl eine Marginalie des Literaturgeschehens.

Fazit: Gesellschaftlicher Mehrwert wird also vor allem als ökonomischer Mehrwert gemessen. Dagegen – und nicht prinzipiell gegen das Ökonomische – muss man sich wehren.

Aber müssen wirklich immer ökonomische Argumente ins Treffen geführt werden, wenn es um die Kultur geht? Und welche Konsequenzen hat die Hegemonie des Ökonomischen auf das kulturelle Feld insgesamt? Welcher Einfluss auf den nichtkommerziellen Teil der Kultur wird hier ausgeübt? Was verändert sich dadurch für die Kunst und Kultur an sich? Und welche Position soll – meiner Meinung nach - in diesem Richtungskampf, denn ein solcher ist es mittlerweile, die Kulturverwaltung einnehmen?

Alles Fragen, auf die ich im Folgenden eine Antwort zu finden versuche. Zunächst sei mir gestattet zu skizzieren, mit welchen Argumenten und Entwicklungen das Ökonomische in den letzten Jahren in die kulturpolitische Argumentation eingedrungen sind. Eine Entwicklung, die bereits in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts begann, im kulturpolitischen Diskurs zumindest hier in Oberösterreich sich aber erst in den letzten fünf Jahren massiv niedergeschlagen hat.

1. Die unternehmerische Stadt als Stadt der UnternehmerInnen und Kapitaleigner fordert die Beteiligung aller AkteurInnen, also auch der Kultur, im Sinne des ökonomischen Prinzips. Der Kunsttheoretiker Uwe Lewitzky spricht in seiner Abhandlung „Kunst für alle?“ in diesem Zusammenhang von einer Wachstumskoalition, die aus Politik, Medien-, Wirtschafts- und Kulturunternehmen besteht und als oberste Prämisse die Wohlstandsmehrung sowie die Gewinnmaximierung im städtischen Umfeld hat. Zonen der Gentrifizierung werden geschaffen, die Konsumideologie hält Einzug in die Kultur. Alles, für das nichts bezahlt wird, ist als Unausbeutbares schlicht unbedeutend.
2. Das unternehmerische Denken hat ganz massiv Einzug in die Kulturinstitutionen gehalten, was an sich nichts Schlechtes ist, wenn man darunter bloß Kosteneffizienz und zielgenauen Einsatz von vorhandenen Ressourcen versteht. Sieht man sich jedoch die öffentlichen Debatten rund um unsere Kulturhäuser an, sei es zu Museen, Theatern oder Konzerthäusern, so wurde im letzten Jahrzehnt verstärkt ein Quotendruck erzeugt, der den „kulturellen“ Erfolg einer Einrichtung mittlerweile beinahe allein an Ergebniszahlen aus dem Reich der Ökonomie definiert. Wie viel Auslastung hat ein Theater? Wie viele Besucher hat ein Museum?

Was kostet ein/e BesucherIn? Was bringt das ganze an Umwegrentabilität? Profitiert das Image einer Stadt davon? Profitiert der Kulturtourismus? Wer aller kann noch davon profitieren?

3. Die zunehmende Festivalisierung und Eventisierung des Kulturgeschehens engt den freien Blick auf das Wesentliche der Kunst ein und macht die Kultur zu einer gut geölten Maschine des Profits. Dem entspricht die ökonomisch ausgerichtete Logik der Festivals und Events in Richtung künstlicher Verknappung des Angebots durch eine zeitliche Verdichtung als Übernahme eines letztlich marktwirtschaftlichen Tricks. Man frönt der Aufmerksamkeitsökonomie, auf die wiederum Politik und Medien ganz besonders anspringen. Für die Politik wird Öffentlichkeit und Repräsentanz geschaffen, für die Medien ein berichtenswertes, außergewöhnliches Ereignis und Möglichkeiten der Partizipation durch Kooperation. Verlierer sind all jene, die sich dem Aufmerksamkeitsdruck widersetzen. Friedrich Hölderlin ginge es wohl heute so wie der historischen Avantgardeausstellung „Arte povera“, die als eine der bedeutendsten und folgenreichsten Kunstpositionen der letzten 50 Jahre vor einem halben Jahr im Lentos unter zurückhaltender Medienberichterstattung und mit mäßigem Besuchererfolg präsentiert wurde.
4. Das Schlagwort Umwegrentabilität geistert im Gegensatz zu anderen Schlagwörtern schon länger herum. Ich persönlich hörte es zum ersten Mal im Zusammenhang mit den OÖ. Landesausstellungen und der Volksabstimmung zum Theater im Berg. Prof. Friedrich Schneider berechnete damals in einer aufwendigen Studie, wie viel an Geld über jeden investierten - damals noch – Steuerschilling über Investitionen, Zulieferbetriebe und den Tourismus an Gewinn für die Region aktiviert wird. Dabei spielte natürlich der Kulturtourismus eine ganz wichtige, wenn nicht gar die Hauptrolle, wie man jüngst auch am Beispiel Linz09 nachvollziehen konnte. Wirtschaft und Kulturtourismus werden kraft ihrer eigenen Logik immer für gesamtökonomisch rentable Formate sein. Das ist an sich auch noch nicht das Problem. Zum Problem wird dies erst, wenn politische und mediale Verstärker hinzukommen, und diese Position mehrheitsfähig machen. Nebenbemerkung: In unserer zahlenfixierten Zeit – die Zahl als unhinterfragbare Messgröße wäre hier zu hinterfragen – dominiert der kulturtouristische Diskurs deswegen, da er mit statistischen Material arbeitet, das sich mit Gewinnzahlen und damit letztlich mit ökonomischem Erfolg koppeln lässt. Die mediale Öffentlichkeit – durch jahrelange Konditionierung auf Zahlen, Statistiken, Rankings und damit verbundenen

messbaren Erfolgen – reagiert darauf leider in entsprechender Weise und blendet andere, nicht quantifizierbare Messgrößen aus.

5. Ganz prominent ins Treffen geführt werden, wenn es um die Rechtfertigung vor allem von Bau- und Infrastrukturinvestitionen im Kulturbereich geht, Image- und Standortfaktoren. Städte und Regionen können sich mit Investitionen in die kulturelle Infrastruktur international einen Namen machen, potenzielle Investoren würden dadurch angezogen und Touristen angelockt. Der Wettbewerb der Städte und Regionen ist auf europäischer Ebene diesbzgl. ja voll im Gange. Aber damit nicht genug: Es müssen auch immer Projekte sein, die der Markenphilosophie einer Stadt und einer Region genüge tun, so in Linz eben Projekte im Bereich Neue Medien, innovative Kultur, für Oberösterreich („Musikland Oberösterreich“) vornehmlich Projekte im Bereich Musik. Die Marke gewinnt dabei totalitäre Züge, schließt Unpassendes aus und lässt Passendes zu, je nach Schwerpunktbildung und – auch – politischem Interesse. Einerseits ist das durchaus von Vorteil für die StadtbewohnerInnen, weil sie am Erfolg solcher Imagebilder ökonomisch mehr oder weniger partizipieren und auch Identität – wenn auch vorgegebene – und Selbstbewusstsein entwickeln können, andererseits gehen Markenbildungsprozesse aber oft an den realen Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei, für die ein Markenkonstrukt Stadt oder Region in der damit verbundenen zwangsläufigen Verengung auf einige markenkompatible Formate und Themen sicherlich nicht die Vielfalt der kulturellen Interessen und tatsächlichen kulturellen Neigungen widerspiegeln kann. Wir sind Musikland, wir sind die Stadt der Neuen Medien. Aber wo bleibt alles andere? Wird es nur geduldet unter einem summarischen Begriff Vielfalt? Oder langfristig den Marktzwängen geopfert?
6. Ein in Österreich und vor allem in Linz eher junges Beispiel für die ökonomische Hegemonie ist der Siegeszug der Kreativwirtschaft. Auch hier formuliere ich jetzt sehr pointiert und unter Auslassung von vielem Positiven, was dieser neue Wirtschaftssektor gerade für die KünstlerInnen und Kulturschaffenden bringen kann. Es handelt sich um ein europäisches, ja globales Phänomen, das der Erkenntnis folgt, dass Kreativität und Innovation zum Motor moderner, dienstleistungsorientierter Gesellschaften geworden sind, und dass vor allem die Ressource Kreativität, was immer das genau heißt in diesem Kontext, bis dato von der Wirtschaft als Schrittmacher für Gewinnoptimierung sträflich vernachlässigt wurde. Der/die Kreative, und wohl gemerkt nicht der/die KünstlerIn, tritt also in den Fokus des Interesses. Aller Orten entstehen Kreativwirtschaftszentren, Kreativwirtschafts

GmbHs, dazu passende Förderinstrumentarien, Netzwerkinstitutionen etc. Ressourcen, vor allem auch finanzielle Ressourcen, werden trotz angespannter Haushaltsbudgets in weiten Teilen Europas flüssig gemacht. So geschehen mit „departure“ in Wien (35 Mio. Euro pro Jahr) und zuletzt mit der Creative.Region GmbH, die ich – ich bekenne es – mit aus der Taufe gehoben habe, mit ca. 600.000 Euro, davon 300.000 Euro seitens der Stadt Linz. Als Kontrast dazu: Die Budgets für die allgemeine Kulturförderung in Linz und beim Land OÖ. stagnieren seit Jahren. 300.000 Euro zusätzlich im Linz Kultur Budget würden hingegen endlich eine angemessene Förderung von Kultur- und Kunstprojekten ermöglichen.

Meine erste These lautet daher: Der öffentliche Druck durch ein neoliberales Umfeld hat zur nichtkulturellen Rechtfertigung von Kulturausgaben geführt und den Primat des Ökonomischen begünstigt. Die Kultur hat dem nachgegeben und folgt mit dem Wording des Ökonomischen dem Rechtfertigungsdruck, sei es mit Quotenargumenten oder Standortmarketing.

Was bei all dem vergessen wird und zunehmend aus der öffentlichen Rede hinausgedrängt wird, ist das, um was es eigentlich geht: nämlich die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur – und zwar ohne wenn und aber. Die pure Begegnung, das Sich-Auf-Etwas-Einlassen, was unbekannt ist, was eventuell auch verunsichert. Was Diskussionen und Konfrontationen zulässt, was nicht Unterhaltung ist und nicht in ökonomischen Mehrwerten gemessen werden kann.

Demokratisierte Kultur – Demokratisierung der Kultur

Aber machen wir nun einen Schwenk zum zweiten Thema meines Vortrages: Was bedeutet dies alles für den Anspruch einer Demokratisierung der Kultur, wie er in den 70er, 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als der Primat des Ökonomischen noch nicht das kulturelle Feld besetzt gehalten hat, formuliert wurde und wie er nach wie vor als Anspruch auch auf politischer Ebene im Raum steht?

Ich verlasse hiermit den Pfad der Polemik, auf den ich mich zugegebenermaßen lustvoll begeben habe, und widme mich nun einem weniger emotionalisierenden Thema, nämlich der Darstellung des Demokratischen in der Kulturpolitik. Wie bereits in der Fragestellung angedeutet, müssen wir hier in der Zeit weit zurückgehen, um auf die Wurzeln dieses Argumentationsfeldes zu kommen. Als erster hat sich dazu – und das grundlegend

für alle weiteren diesbzgl. Entwicklungen – der langjährige Kulturdezernent der Stadt Frankfurt/M. (1970-1990), Hilmar Hoffmann, in seinem Standardwerk „Kultur für alle“ – ein Begriff, der auch für die kulturelle Entwicklung der Stadt Linz enorme Bedeutung gewonnen hat – geäußert. Hilmar Hoffmann ging es dabei um eine Kulturpolitik, die Zugänge zu Kunst und Kultur breiten Schichten – und eben nicht nur den Bildungsschichten – ermöglicht. Im Zentrum seiner Überlegungen steht dabei die Humanisierung der Gesellschaft durch Kultur, der breite Zugang zum Wissen der Kunst und Kultur und damit verbunden ein Zugang zu den bis zu diesem Zeitpunkt eher Eliten vorbehaltenem Gewinn an Lebenssinn und -orientierung. Der Kultur im Allgemeinen und der Kunst im Besonderen wurde dabei ein emanzipatorisches, aufklärerisches Potenzial zugeschrieben, das im Sinne Immanuel Kants die Kritikfähigkeit der BürgerInnen schärft, eine reflektierte Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht und – im Sinne Friedrich Schillers – über den Umweg einer ästhetischen Erziehung so etwas wie Autonomie, selbstbestimmtes Handeln, Würde und das Freisetzen von Kreativität ermöglicht. Für Hoffmann, das kann man nicht genug betonen, war der Begriff „Kultur für alle“ jedoch immer mit Qualität und Anspruch verbunden. Entertainment und Events, die heute großteils mit diesem Begriff verbunden sind, wären ihm dabei nicht in den Sinn gekommen. Das Mittel, mit dem seine „Erziehungsarbeit“ – denn um eine solche handelt es sich – zur Umsetzung kommen sollte, war die Kulturvermittlung. Überall, ob in den Bibliotheken, den Theatern oder den Museen setzte nun diese Bewegung ein, die in Linz und Oberösterreich zwar mit Zeitverzögerung, aber dann umso stärker Platz griff. Zugänge zu Kultur wurden aber auch durch Massenveranstaltungen, die bei freiem Eintritt zugänglich gemacht wurden, geschaffen. Man denke nur in Linz an die Klangwolke, die Ars Electronica, das Pflasterspektakel oder das Linzfest.

Was unter Demokratisierung von Kunst und Kultur auf institutioneller und politischer Ebene zu verstehen sei, hat jedoch nicht Hilmar Hoffmann am präzisesten ausgeführt, sondern sein Nürnberger Kulturdezernentenkollege (1964 bis 1990) und nebenbei äußerst populäre Kulturwissenschaftler Hermann Glaser, der 1983 gemeinsam mit Karlheinz Stahl das Buch „Bürgerrecht Kultur“ verfasste. Ein zentraler Begriff, den die beiden Autoren in diesem Buch verwenden, ist Schillers Spieltheorie folgend der Begriff „Spielraum“, der zum Schlüsselbegriff eines demokratischen, zweckfreien Gestaltens wird und vor allem Raum für die „ökologische Nische“, Raum für das Experimentieren, für Alternativen, für das Um-, Neu- und Andersdenken und Raum als Gegenort, als Gegenöffentlichkeit bedeutet. Das hört sich voll retro an und ist doch hoch aktuell. Sie erahnen wie weit wir uns von unseren Altvorderen mittlerweile entfernt haben.

Zitat Glaser/Stahl: *„Um Eindimensionalität zu verhindern und Demokratie konstant für dialektische Entwicklung offen zu halten, ihr Fortschreiten und ihre Fortschreibung zu ermöglichen, ist es notwendig, Gegen-orte zur Verfügung zu haben, die als Zukunftswerkstätten fungieren – ständig Denkwürfe, Simulationen, Alternativen produzierend. ... Im Spielraum wird die Gesellschaft zwar nicht verändert, doch bereitet man sich hier für Gesellschaftsveränderung vor: im ‚Durchspielen‘ (Durchdenken, Durchfühlen) von Möglichkeiten.“*

Damit schließen Stahl und Glaser direkt an Hilmar Hoffmanns emanzipatorische Linie an, gehen aber in ihrer Definition wesentlich darüber hinaus. Sie formulieren Kultur als Soziokultur, die alle Lebensbereiche umfasst und Teil eines gesamthaften Lebenszusammenhanges wird.

Was ist aber nun bei Glaser/Stahl unter Demokratisierung in der Kunst und Kultur konkret zu verstehen? Sie machen dazu insgesamt vier – wie sie extra betonen – „(vorläufige) Feststellungen“, und zwar:

- Zunächst halten sie fest, dass in Bezug auf das Experiment, die Avantgarde das Bewusstsein den Partizipationszielen hinterherhinkt. Künstlerisches Experiment ist für sie ein *„Vorgriff auf die Zukunft“*, unbedingt notwendig für den gesellschaftlichen Fortschritt, aber nur bedingt demokratisierbar. Denn: *„Wäre Kunst nicht jeweils (provokativ) ein Stück ‚voraus‘, verlöre Kunst ihren Charakter als Kunst.“*
- Weiters müssen Möglichkeiten der Partizipation wohl durchdacht sein. Sie fordern Verfahrensformen, die zwar Partizipation ermöglichen, aber ohne dass Verantwortlichkeiten abgeschafft werden. Auch hier spiegelt sich die Diskrepanz zwischen Demokratie-wollen und Kunst-wollen wider.
- Demokratisierung wird auch als *„langer Marsch durch die Institutionen“* beschrieben, wobei festgehalten wird, dass es nicht um die Erreichung eines wie immer gearteten Idealzustandes geht, sondern um den Weg, auf den man sich begibt.
- Und zuletzt wird auch das Leistungsprinzip in der Kunst – um einer falsch verstandenen Demokratisierung vorzubeugen – betont. Demokratisierung darf laut Glaser/Stahl nicht als Absicherung sozialer Rechte missverstanden werden, auch wenn dieser Aspekt in der Subventionierung der Kultur durchaus eine Rolle spielen soll.

Was daraus folgt ist eine demokratische Ausrichtung des zentralen Steuerungsinstruments moderner Kulturpolitik, der Subventionierung der Kultur, wobei nach Glaser/Stahl nicht der Publikumsgeschmack und auch nicht der Publikumserfolg allein Kriterien einer Steuerung sein dürften. Sie treten daher u.a. für öffentliche Ausschreibungsverfahren im Bereich der Kultursubventionierung ein, für das Aufstellen von nachvollziehbaren und zwischen FördergeberInnen und -empfängerInnen ausgehandelten Regeln, für das demokratisch ausgehandelte Setzen von Prioritäten, für die Formulierung von Zielvorstellungen, um Leistungskontrolle zu ermöglichen.

Die damaligen Thesen für eine Demokratisierung der Kultur durch transparentere Entscheidungsabläufe waren noch einigermaßen nebulos formuliert und schon gar nicht vollständig, haben sich aber in den Folgejahren ausdifferenziert und vervollkommen. Heute tummeln sich jede Menge JurorInnen, Beiräte und sonstiges „neutrales“ Begleitservice im Umfeld von Kulturverwaltungen, die Preise, Stipendien und – ja – auch Förderungen empfehlen bzw. vergeben. Kulturleitbilder und Kulturentwicklungspläne werden in partizipativer Weise diskutiert, verfasst und beschlossen. Und doch ist noch immer ein Ungenügen an zu wenig Demokratie feststellbar, der Druck des Ökonomischen lastet immer mehr auf uns, man spürt förmlich die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigkeit von Demokratie und Ökonomie, wobei derzeit die Demokratie sicherlich die schlechteren Karten in der Hand hat.

Lassen Sie mich daher, bevor ich zum Finale komme, nochmals einen Schritt zurück machen. Zum Spiel, zum freien Experimentieren, zur Freiheit der Kunst an sich. Und lassen Sie mich kurz auf eine der zentralen Schriften des heutigen Kunst- und ja auch Kulturverständnisses eingehen, die Friedrich Schiller 1793 verfasst hat und sich „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ nennt. Schiller entwickelt hier seine so folgenreiche Spieltheorie mit dem zentralen Satz: *„Der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Wortes Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt.“* Glaser/Stahl meinen dazu, dass aus dieser Aussage mehr politische Relevanz folgt als aus vielen zeitgenössischen Statements zur Kunst. Die Freiheit des Individuums, die Würde und Zweckfreiheit des Lebens an sich ist hier angesprochen, ein Sein, das eben nichts Ökonomisches, Verwertbares zulässt. Ein Vorschein auf ein nicht entfremdetes Leben kommt hier zum Ausdruck, das für Glaser/Stahl in seiner Verbindung von Ethik und Ästhetik nur politisch zu verstehen ist. Ästhetik im Sinne Schillers schärft nicht nur den Geschmackssinn, sondern fördert auch die Fähigkeit zur Unterscheidung, die Fähigkeit für

Sinn und Qualität, die Fähigkeit letztlich für ein Leben, das – so würde man heute sagen – Differenz und Diversität zulässt.

Ich will jetzt nicht mit Schiller überstrapazieren, möchte aber doch noch ein, für mich hochaktuelles Zitat bringen, das Schillers politisches Verständnis einer ästhetischen Erziehung auf den Punkt bringt. In Bezug auf die Kunst heißt es in oben zitierter Schrift: *„Von der Notwendigkeit der Geister, nicht von der Notdurft der Materie will sie ihre Vorschrift empfangen. Jetzt (zur Zeit des Absolutismus, Anm. d. Verf.) aber herrscht das Bedürfnis und beugt die gesunkene Menschheit unter sein tyrannisches Joch. Der Nutzen ist das große Idol der Zeit, dem alle Kräfte fronen und alle Talente huldigen sollen. Auf dieser groben Waage hat das geistige Verdienst der Kunst kein Gewicht, und, aller Aufmunterung beraubt, verschwindet sie von dem lärmenden Markt des Jahrhunderts.“*

Auch wenn es resignierend klingt: Geht´s noch aktueller?

Meine zweite These lautet daher: Es gibt keinen Fortschritt und keine Demokratisierung in der Kunst ohne dem Ästhetischen, wobei ich hier in einem zeitgemäßen Sinn auch die so genannte Ästhetik des Hässlichen mit einschließe. Ästhetik wird hier im schillerschen Sinn als Vorschein der Freiheit verstanden, als Mittel gegen die Gängelung durch Politik und Kommerz.

Daher muss auch die Autonomie des handelnden künstlerischen Subjekts die oberste Prämisse bleiben, will man gesellschaftlichen Fortschritt erzielen. In unserem Zusammenhang heißt dies Autonomie gegenüber der Ökonomie. Diese Voraussetzungen sind zu schaffen. Besinnen wir uns also der Stärken der Vergangenheit, um eine Zukunft zu haben.

Die Rolle der Kulturverwaltung

Ich komme nun zum Schluss und will nicht mehr weiter über Gebühr ihre Aufmerksamkeit beanspruchen. Meinen Befund aus all dem Gesagten für die Rolle der Kulturverwaltung bin ich Ihnen noch schuldig, und will ich nun nachliefern.

Eine Kulturverwaltung, die im Sinne der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts agiert, hat sich meiner Meinung nach nach folgenden Prinzipien auszurichten:

- Sie hat Verteidigerin und Fürsprecherin für Zweckfreiheit und Autonomie in der Kunst zu sein. Autonomie der Kunst und Kultur heißt dabei jedoch nicht, sich in einen elitären Elfenbeinturm zurückzuziehen (wobei auch das seine Meriten und seine Daseinsberechtigung hat), sondern schließt selbstverständlich auch das soziale und politische Engagement ein. So hat es ja auch Schiller zeitlebens gehalten.
- Als Fürsprecher der Kunst und Kultur hat die Kulturverwaltung – im Verbund mit verantwortungsvollen Qualitätsmedien – die Übersetzungsleistung von künstlerischen und kulturellen Anliegen gegenüber der Politik zu erbringen, auch und gerade wenn manche Positionen und Felder als kühn oder nicht mehrheitsfähig betrachtet werden.
- Sie hat sich um die Schaffung von Freiräumen, um die Existenzsicherung von Experiment und Nischen zu kümmern. Denn künstlerisches Experiment ist vergleichbar mit Grundlagenforschung in der Wissenschaft, die zwar heutzutage auch keinen leichten Stand hat, aber deren Notwendigkeit allgemein anerkannt ist, weil sonst kein Fortschritt möglich wäre.
- Sie hat für die Sicherung des geistigen Fortschritts im Sinne einer immateriell orientierte Wohlstandsvorsorge einzutreten.
- Sie hat Transparenz in den Entscheidungsabläufen zu gewährleisten.
- Sie muss Partizipation ermöglichen und fördern, ohne sich jedoch dem Willen einer wie immer verstandenen Mehrheit zu beugen.
- Und daraus ergibt sich: Sie hat – im Sinne der Kunst und Kultur – die Minderheitenrechte der KünstlerInnen und Kulturschaffenden zu vertreten und abzusichern – dies ganz im Sinne einer richtig verstandenen Demokratie, die ja auch Minderheitenrechte sichert.
- Und zuletzt: Hören wir doch bitte auf, das so schicke Wording der Ökonomie extensiv und anbiedernd zu gebrauchen. Mehrwert, Umwegrentabilität, Imagefaktor und all die anderen Modewörter wären aus dem kulturellen, aber auch kulturpoli-

tischen Diskurs zurückzudrängen, auch wenn man noch so viel Anerkennung und Gehör dafür bekommt. Das Umdenken fängt immer bei der Sprache an!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

© Julius Stieber
Linz, Oktober 2011